

Worteljährlich im Stadt, Orts- und Nachbarortvertrieb M. 2,70, außerhalb M. 3,80 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 P. Entsendungswelle täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Gegründet 1877.



Die heutige Seite über deren Raum 20 Blätter. Die Restansätze über deren Raum 45 Blätter. Bei Wiederholungen unentbehrlichen jeigen entsprechend der Rabatt. Bei gerichtlicher Einziehung und Konfiskation ist der Rabatt hinfällig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 169

Druck und Verlag in Altensteig.

Donnerstag, den 24. Juli.

Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.

1919.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 22. Juli.

Die Nationalversammlung beendete heute die zweite Lesung der Reichsverfassung. Zunächst hand mit Artikel 18, Gliederung des Reichs der Kompromissantrag Lobe (S.)-Teimborn (Z.)-Heine (D.D.P.) zur Beratung, der die Selbständigmachung einzelner Provinzen wesentlich erleichtert, sofern für eine Gebietsänderung eines Landes oder die Selbständigmachung einer Provinz der Beschluß einer einfachen Reichstagsmehrheit und die Zustimmung von nur drei Fünfteln des betreffenden Landes genügen soll. Das darin eine Gefahr für den Bestand vor allem des preussischen Staats liegen kann, ist klar, und die preussische Regierung hat deshalb auch anfänglich schwere Bedenken gegen das Kompromiß erhoben. Sie hat sie aber jetzt doch wieder aufgegeben in der Erwartung, daß der nationale Sinn des deutschen Volks an den Grundfesten Preußens, mit denen die des Reichs in Trümmern gehen würden, nicht rütteln lassen werde. Der preuß. Min. Heine erklärte daher, daß der Kompromissantrag auch für Preußen annehmbar sei. Der Artikel 164 des Verfassungsgesetzes bestimmt, daß ein Mitglied einer früher regierenden Familie während der nächsten 15 Jahre nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden darf. Die Unabhängigen brachten den Antrag ein, daß solche Familienglieder überhaupt nicht gewählt werden können. Obgleich sämtliche bürgerliche Parteien sich gegen das „Ausnahmefest“ aussprachen, wurde der Antrag der Unabhängigen zu allgemeiner Ueberraschung mit 5 Stimmen Mehrheit (123 gegen 117) angenommen. Auch die Aufhebung der privaten Regalien und der Kupfungsrechte (Bergwerksgerechtigkeiten) ohne Entschädigung wurde nach einem Antrag Auer (S.) mit 132 gegen 118 Stimmen beschlossen, desgleichen wurde in der Abstimmung über den gestern beratenen „Mitarbeiter“ der Artikel 162 gegen die Stimmen der Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen. Artikel 172, nach dem die Nationalversammlung bis zum Zusammentritt des ersten Reichstags als Reichstag gilt und der bisherige Reichspräsident bis zur gültigen Wahl Präsident bleibt, wurde gegen die Deutsch-Nationalen und Unabhängigen angenommen, der Antrag der Unabhängigen, daß der erste Reichstag am 18. Januar 1920 gewählt sein müsse, mit dem gleichen Stimmverhältnis abgelehnt. Große Unruhe entstand im Hause, als der heftige Justizminister v. Brentano das Vorgehen der heftigen Regierung in Sachen der angestrebten Republik Großhessen zu verteidigen suchte. Durch Zurufe von allen Parteien wurde ihm entgegengehalten, daß die heftigen Absonderungsgefühle durchaus verurteilt werden.

Die Erklärung der Reichsregierung.

Die Rede des Reichsministerpräsidenten Bauer.

Weimar, 23. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung der Nationalversammlung um 10.25 Uhr. Tagesordnung: Entgegennahme der Erklärung der Reichsregierung. Reichsministerpräsident Bauer: Mit der Ratifizierung des Friedensvertrags ist eine Epoche abgeschlossen, die den gewaltigen Aufstieg Deutschlands und seinen tragischen Zusammenbruch umfaßt. Es gilt, die Bilanz unserer Lage zu ziehen und die zukünftige Marschroute der deutschen Republik zu bestimmen. Die Revolution hat uns freie Bahn geschaffen, aber es war die freie Bahn, wie sie die Vernichtung auf dem Schlachtfelde schafft. Nach der Annahme der neuen Verfassung ist die demokratische Republik unter Dach und Fach. Es verdient festgehalten zu werden, daß die äußerste Rechte gerade diesen Augenblick, der das hohenzollernsche Kaiserreich auf Nimmerwiedersehen zu den Toten legt, dazu benutzt hat, die Wiederherstellung der Monarchie der Hohenzollern als ihren ersten Programmpunkt zu erklären. Das sie die Revolutionsregierung für den Frieden verantwortlich macht, nachdem das Kaiserreich in unglücklicher Nachtverblendung den Krieg und damit von vornherein den Frieden verloren hatte, daß sie der parlamentarischen Regierung den Kampf ansetzt, ist nichts neues. Wir sind zum Kampf gerufen, auch zum Kampf gegen Geschichtsfälschung. Die Geschichte selbst hat in den Novembertagen gerichtet.

Heute leuchtet die Demokratie über der neuen Republik. Kein anderes Volk kann sich solch reiner Demokratie rühmen. Ganz sicher ist noch das eine oder das andere zu tun. Aber wenn es wirklich noch da und dort fehlt, so ist es nicht ein Fehlen von Rechten des Volks, sondern vielmehr ein Fehlen von Fähigkeiten, diese Rechte in vollem Umfang auszuüben. Wir müssen die Waffen der Bildung und der Kenntnis an das ganze Volk verteilen, das ist die einzige Bewaffnung des Proletariats, die uns den Sieg für unser ganzes Volk verbürgt; wir müssen aber auch Respekt vor Sachkenntnis und Erfahrung bekommen; wir müssen jedem Befähigten die Erwerbung dieser Sachkenntnis und Erfahrung möglich machen.

Das sind Binsenwahrheiten, aber sie sind in der Bewirrung der Zeit fast verloren gegangen, wo viele in der leichtenwortbenen Mitgliedschaft einer Partei das Recht auf eine Führerrolle erblickten, ja wo ganze Parteien, trotzdem sie die Minderheit darstellen, das Recht auf eine Diktatur ihrer Mitglieder über die Mehrheit des Volks proklamieren wie die Unabhängigen. Mit der übergroßen Mehrheit des Volks lehnen wir jede Diktatur als ein brutales, geistloses und unzuverlässiges Mittel aufs entschiedenste ab. Eine Revolution der Experimente, dazuhin der mißglückten Experimente wie in Russland, mache ich nicht mit. Ich bin auch nicht ängstlich vor jedem Wagnis, doch wer das Tempo übermäßig beschleunigt, ist kein Bahnbrecher der Revolution, sondern ein Schrittmacher der Reaktion. Die wilden Streiks sind nichts anderes als unblutige Putzsch, die der Mehrheit der Bevölkerung und gerade dem arbeitenden Volke durch ihre Störung der Nahrungsmittelversorgung mehr unblutige Wunden schlagen und mehr Schaden zufügen, als je ein Straßenkampf.

Es ist nicht zu leugnen: Die breiten Volksmassen haben Grund zur Unzufriedenheit, denn auf der einen Seite Gemütsdruck und zügellose Verschwendung, auf der anderen Seite trotz aller Erhöhungen Löhne, die kaum zum Bezug der rationierten, ganz gewiß nicht zur Bezahlung der unrationierten Lebensmittel ausreichen. So greifen die Arbeiter zu dem einzigen Mittel, das nicht bessern, sondern nur verschlimmern kann: zum Streik. Auf wessen Anraten? Nicht am Maschinengewehr erkennt man den Putzsch, sondern an seiner Gefahr für das allgemeine Volksleben, an seinem Willen, gewaltsam eine Umgestaltung herbeizuführen. Solange die Unabhängigen nicht den Mut ausbringen, offen und gerade dagegen Front zu machen, müssen sie sich den Borwurf der Zweideutigkeit gefallen lassen.

Am gründlichsten haben sich im neuen Deutschland die Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben verändert. Die Macht des Arbeiters ist gewachsen, seine einstige Rechtslosigkeit gehört der Geschichte an. Dies muß seinen Ausdruck auch in den öffentlichen Einrichtungen finden. Deshalb werden wir Ihnen ein Gesetz über Arbeiterräte und Wirtschaftsräte vorlegen, das den Arbeiter zum Mitbestimmer im Produktionsprozeß macht. Das Gesetz beseitigt nicht den Unternehmer, aber sein einseitiges Uebergewicht. Es bahnt den Weg zum Ideal des Sozialismus: zum gleichberechtigten Mitarbeiter und Mitarbeiter.

In Konsequenz des Arbeitsprogramms des Kabinetts Scheidemann wird die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach die dem öffentlichen Verkehr dienenden Stromerzeugungsanlagen (über 500 Kilowatt), sowie die Hochspannungsleitungen (über 50.000 Volt) in den Besitz des Reichs übergeführt werden.

Ein weiteres Gesetz, das die Braunkohlenerzeugung sozialisieren soll, hoffen wir binnen kurzem zur Vorlage rei zu machen.

Mit der Reichssteuerverwaltung, den Reichseisenbahnen und der Sozialisierung der Elektrizität, von Braunkohle, der bald der übrige Bergbau folgen soll, wird das Reich zum wichtigsten Faktor des Wirtschaftslebens. Mit diesen drei Machtmitteln ist in demokratischem Staat die Mehrheit des Volks jederzeit in der Lage, dem deutschen Wirtschaftsleben die Föhr und den Inhalt zu geben, den sie für richtig und möglich hält. Damit ist die Zeit der gewalttätigen Umwälzungen für jeden demokratisch denkenden Menschen abgeschlossen. Nach den politischen werden wir auch die wirtschaftlichen Schicksalsbestimmungen in die Hand des Volks selbst legen.

Im Hinblick auf die Bedürfnisse unseres Volks bedarf es nun eines Wirtschaftsprogramms. Das Kabinett hat die Planwirtschaft, die Zwangsrationierung

aller Zweige der Wirtschaft abgelehnt. Die Regierung will die Zwangsjade der Kriegswirtschaft nicht gegen eine neue, für den Frieden zugeschnittene vertauschen. Die Regierung hat den Vertrag von Versailles vor allem der Erhaltung der Reichseinheit wegen unterzeichnet. Diese wäre aufs ernsteste gefährdet, wenn wiederum von Berlin aus zentralistisch und beherrschend das ganze Wirtschaftsleben geängelt würde. Der stärkste Grund gegen die Planwirtschaft ist der, daß die Bedürfnisse der einzelnen Industrien völlig verschieden sind.

Wir werden entschlossen an den Abau der Reste der Kriegswirtschaft gehen. Für unsere künftige Wirtschaftspolitik werden drei Gebote richtunggebend sein: 1. Sozialisierung, soweit als möglich, und keinerlei neue Erzhörungen für die künftige durchgehende Sozialisierung; 2. Sicherstellung des Bedarfs der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung; 3. Fernhaltung überflüssiger Luxusverfuhr, die unsere Zahlungsmittel verschlechtert müßte, und überhaupt jeder Einfuhr, die unseren Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen würde. In den Grenzen dieser drei Gebote aber Freiheit der Wirtschaft, Heranziehung jeder Initiative und jeden Kredit, Dezentralisation der Mitarbeit an der Aufforstung unseres wirtschaftlichen Lebens.

An der Spitze aller Bemühungen muß natürlich die Ernährungsfrage stehen. Dazu sind bereits 1 1/2 Milliarden für eine Verbilligung der ausländischen Lebensmittel ausgeworfen. Auf eine Rationierung der wichtigsten Bestandteile der Volksernährung und Kraftversorgung werden wir einstweilen nicht verzichten können.

Zuerst wird die Bewirtschaftung der Textilien umgestaltet werden. Die aus der Kriegswirtschaft noch vorhandenen fertigen Stoffen sollen unverzüglich unter Berücksichtigung der Minderbemittelten, der Arbeiterschaft, der Beamenschaft und der Kriegsgefangenen, der Bevölkerung zugeführt und die nicht unerheblichen Vorräte an Wolle der Weiterbearbeitung zugeleitet werden.

Geplant ist ferner die Aufhebung der Devisenordnung. Sie setzt voraus eine Ergänzung der Vorschriften zur Abwanderung des Kapitals nach dem Auslande. Die Zensur des Brief- und Telegrammverkehrs kann dann endlich beseitigt werden. Unerlässlich bleibt nach wie vor die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr.

Wenn die leidigen Höchstpreisfestsetzungen überflüssig würden, so wäre das der Todesstoß für den Schleichhandel.

Zur Unterstützung der wirtschaftlich Schwachen sollen zahlreiche Grundstücke, die einst meist militärischen Zwecken dienen, für die Zwecke der Ansiedlung unter dem heutigen Tagwert trotz der furchtbaren Finanzlage abgegeben werden.

Die Lebensverhältnisse müssen mit Löhnen und Gehältern in Einklang gebracht werden. Die höchsten Lohnforderungen sind das schlechteste Mittel, um die Verhältnisse zu bessern. Es muß eine Senkung der Preise eintreten, die wir von unserem Wirtschaftsprogramm erhoffen. Die Auslieferungsforderungen müssen ihre Grenze finden in der Leistungsfähigkeit des Betriebs. Das gilt hauptsächlich auch für die Angestellten und Arbeiter in den Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben.

Die Sozialpolitik wollen wir nach Kräften weiter ausbauen, durch die bereits angekündigte Novelle zur Reichsversicherungsordnung, durch baldige Inangriffnahme der großen Reform der Reichsversicherungsordnung. Ob freilich allen Wünschen bei der jämmerlichen Finanzlage Rechnung getragen werden kann, ist eine schwer zu beantwortende Frage.

Den wirtschaftlichen Schwachen in der Beamenschaft soll durch ein neues sofort in Angriff zu nehmendes Beamtensoldengesetz Rechnung getragen werden. Ob nochmals eine Teuerungszulage gewährt werden kann, soll mit den Regierungen der Freistaaten und den Beamtenorganisationen wohlwollend geprüft werden. Ferner sollen der Lösung zugeführt werden die Personalreform und die Reform des Beamtenrechts. Die freie Bahn des Tüchtiger muß auch über die Schranken hinweggeführt, die das höhere, das mittlere und das untere Beamtentum bis jetzt geschieden haben. Eine glatte Uebertragung der Betriebsräte auf die Beamten verbietet indessen das wesentlich anders geartete Arbeitsverhältnis.



Die Grundlage alles Hebelns bleibt die Arbeit. Der Friedensvertrag legt uns die Pflicht zur Arbeit auf. Das gleiche tut die Pflicht und selbst gegenüber. Sie ist unser einziges, im Kurs nicht gesunkenes Zahlungsmittel. Die Erzwingung der Arbeit, diese Praxis der Diktatur des Proletariats, lehnt die Reichsregierung ab, aber sie wird sich überlegen müssen, wie wilde und unüberlegte Streiks verhindert werden können. Unser Ziel muß das obligatorische Schiedsgericht sein, das die Streiks auf das äußerste Maß und die schwersten Fälle beschränkt. Dieses Ziel kann nur im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften erreicht werden.

Der Friedensvertrag ist einigermaßen nur dann durchführbar, wenn jeder Deutsche auf einen Teil seines Selbstbestimmungsrechtes zu Gunsten der Allgemeinheit verzichtet, so, wie die Staaten ihrerseits auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten müssen zu Gunsten des Völkerbunds. Die völkerverbindende Bestimmung brauchen wir auch unter und in den Parteien und Vorkämpfen, vor allem im Hinblick auf die Zukunft.

Hier noch ein Wort an die Partei, die sich Deutsch-National nennt, als läge darin ein Unterschied zu den anderen Parteien. Diese Herren ahnen nicht, wenn alles sie beim Versuch einer Reaktion sich gegenüber stehen sehen würden! Besänftigen und niederklämpfen müssen wir vor allem den Schrei nach Rache. Wir brauchen die Arbeit und verabscheuen die Revolution. Auch wir wollen nationales Leben und nationales Denken pflanzen, aber auf dem Boden der völkerverbindenden Gesinnung nach innen und außen. Aus ihr heraus muß die Revision des Vertrags kommen, sie muß mit seinen Ungerechtigkeiten aufräumen. Daß der Völkerbund heute noch ein Zerbild ist, kann an diesem unserem Glauben nichts ändern. Wir können unter Volk in der Strenge des Arbeitsstaats nur dann zusammenfassen, wenn es die Gewißheit hat, daß sein Erparten nicht zu neuen Schlägereien mißbraucht wird.

Wir glauben an die Unbesiegbare der Demokratie, die nicht nur die Gleichheit zwischen den Volksgenossen, sondern auch die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zwischen den Völkern, dem Völkerbund erschaffen muß.

Württembergischer Landtag.

(-) Stuttgart, 23. Juli.

Vizepräsident Dr. Koch eröffnet die Sitzung um 4.15 Uhr. Abstimmung über die Anträge zum Ernährungsministerium.

Ohne Abstimmung werden angenommen der Antrag Ströbel und Gen. (B.B.) über die Forderung der Kalblutnacht, der Auszubehaltungsantrag über die Abgabe von Waldgras und Laubdüngel, sowie über die Aufnahme der Kopfkrankheit der Pferde unter die Unfallversicherungspflichtigen Krankheitsarten. Ueber den von Ströbel und Gen. beantragten Zuschuß über Erleichterung der Wahlkontrolle zu dem Auszubehaltungsantrag wegen Gewährung einer ausreichenden Selbstverpflegung im Falle der Beibehaltung der Zwangsarbeit muß auf Antrag des Abg. Körner namentlich abgestimmt werden; die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags mit 62 gegen 45 Stimmen der Sozialdemokraten und der äußeren Linken (Frau Jethin stimmt mit Ja.) Der Auszubehaltungsantrag selbst findet einstimmige Annahme; ebenso die weiteren Anträge über Spätkostverföhrung, Frühruhezimmer, Ausmahlung des Getreides, Domänenpächter (Viehhaltung), sowie die Verrentlichung der Gerichte.

Für den Antrag Ströbel und Gen. (B.B.), daß, solange die Zwangsarbeit noch besteht, die landw. Höchstpreise so festgesetzt werden, daß dabei die Arbeitslöhne, die sonstigen Betriebskosten und die allgemeine Lebensverwertung berücksichtigt und daß Preise, die nach Berechnung der Sachverhältnisse den jeweiligen Erzeugungskosten nicht entsprechen, nach Anhörung von Erzeugern und Verbrauchern abgeändert werden, ist gleichfalls namentlich abgestimmt; der Antrag findet mit 68 gegen 44 Stimmen der gefassten Linken (Frau Jethin stimmt wieder mit Ja) Annahme.

Leserbriefe.

Der bloß niedergeworfene Feind kann wieder aufstehen, aber der verführte ist wahrhaft überwunden.

Selbst geschmiedet.

Roman von A. o. Truchardt.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

In den flackernden Augen sah man, wie seine Gedanken arbeiteten. „Noch könnte ich die Fesseln zerreißen,“ flüsterte er. „Wenn ich zum Amtsrichter gehe, ihm mein volles Vertrauen schenke und die Verhaftung des freien Burkeschens veranlasse, so wird man mein Verhalten zwar seltsam finden, und mir vielleicht auch einige Unannehmlichkeiten bereiten. Aber damit wäre die Angelegenheit für mich erledigt, und ich könnte in Ruhe die schönen Tage genießen. Jetzt habe ich oft ein Gefühl, als sei ich selbst der Mörder meines alten guten Onkels!“

Er blieb plötzlich stehen. Versehenblasse überzog sein Gesicht. „Auch andere könnten mich für seinen Mörder halten,“ dachte er, „wenn Deising zur Rechenschaft gezogen wird, bezichtigt er mich und man wird ihm Glauben schenken, zum mindesten in mir den Anstifter sehen.“ Er schlug verzweifelt die Hände zusammen. „Ist es denn unmöglich, aus diesem Engpaß hinauszugelangen, kein einziger Weg frei für mich?“

Und wieder durchmaß er ruhelos den hohen, mit altertümlicher Eleganz ausgestatteten Raum.

Er hielt eine erste Einkehr. „In dem Augenblick, als ich Deising mit drohend erhobenem Revolver vor dem Onkel stehen sah, tauchte schon der sinnhafte Wunsch in mir auf, daß sein Leben enden möge. Damals aber legte das Gute in mir, und doch unterließ ich die Anzeig, weil ich im tiefsten Innern, ohne es mir selbst einzugestehen, hoffte, der Strolch würde seinen Angriff wiederholen und mit besserem Erfolg. Dadurch wären für mich alle Schwierigkeiten beseitigt gewesen. Ich hätte Blanks, nach der ich mich sehnte, kommen

namentlich abgestimmt wird hierauf auch über den Antrag Ströbel und Gen. (B.B.), daß die Zwangsarbeit nach der Ernte und bis zur völligen Aufhebung der Zwangsarbeit so festgesetzt werden, daß dabei die Arbeitslöhne, die sonstigen Betriebskosten und die allgemeine Lebensverwertung berücksichtigt und daß Preise, die nach Berechnung der Sachverhältnisse den jeweiligen Erzeugungskosten nicht entsprechen, nach Anhörung von Erzeugern und Verbrauchern abgeändert werden, ist gleichfalls namentlich abgestimmt; der Antrag findet mit 68 gegen 44 Stimmen der gefassten Linken (Frau Jethin stimmt wieder mit Ja) Annahme.

Neues vom Tage.

Hänisch bleibt.

Berlin, 23. Juli. Aus Weimar erfährt das „Berliner Tagblatt“, daß aus Kreisen der preussischen Landesversammlung mitgeteilt werde, die sozialdemokratische Fraktion habe das vor etwa 2 Wochen von dem preussischen Kultusminister Hänisch eingereichte Rücktrittsgesuch nicht genehmigt, da sie nahezu einstimmig den ablehnenden Standpunkt des Ministers gegenüber dem Schulkompromiß teile.

Neue Rundgebungen?

Berlin, 23. Juli. Am ersten Sonntag des August sollen von den Unabhängigen und Kommunisten im Reich neue Rundgebungen für die Weltrevolution veranstaltet werden.

Die Bischöfe gegen die Auslieferung.

Berlin, 23. Juli. Dem „Berliner Volksanzeiger“ wird aus Fulda mitgeteilt, daß für die bevorstehende Bischofskonferenz ein Antrag eingebracht wurde, gegen die Auslieferung von Mitgliedern des Kaiserhauses an die Entente entschieden zu protestieren.

London, 23. Juli. König Alfons von Spanien hat nach der „Times“ in einem Handschreiben an König Georg sich gegen die Aburteilung des Kaisers Wilhelm ausgesprochen.

Für die Ratifizierung.

Paris, 23. Juli. Der Kammerausführer sprach sich für die Ratifizierung des Friedensvertrags mit Deutschland aus. Die Sozialisten enthielten sich der Stimme.

Vertretungsvotum für Clemenceau.

Paris, 23. Juli. In der gestrigen Vormittags-sitzung der Kammer beantragte der Sozialist Von, die auf der Tagesordnung stehende Aussprache über Ernennungen zur Ehrenlegion zu vertagen, da es keine Regierung mehr gebe. Die Kammer habe am Freitag durch Annahme der Tagesordnung zugunsten dem Ministerium ihr Mißtrauen ausgesprochen. Trotz des Widerspruchs des Justizministers Reil pflichtete die Kammer dem Sozialisten Von bei und vertagte die Sitzung auf den Nachmittag. Zu Beginn der Nachmittags-sitzung erklärte sich Ministerpräsident Clemenceau bereit, die Anfrage des Abgeordneten Journier über die allgemeine Politik der Regierung sofort zu beantworten.

Nach erregter Aussprache hat die Kammer mit 289 gegen 176 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Der Streik in England.

Rotterdam, 22. Juli. Wie der „Nieuwe Rotterdam Courant“ aus London meldet, streiken in Derbyshire 45 000 Bergarbeiter, in York- und Nottinghamshire 10 000 und in Burnley 4000 Arbeiter.

Bonar Law erklärte, der Streik der Kohlenbergleute habe sich in geringem Maße auf Lancashire, Nottinghamshire und Monmouthshire ausgedehnt, wo insgesamt 38 000 Kohlenbergleute ausständig seien. Die Bergleute geben mehrere Gründe für den Streik an:

Saffen können, ich wäre unbestrittener Erbe des reichen Vermögens geworden. Aber ich kämpfte redlich gegen die losen Gedanken an. Ich empfand sogar Schmerz, als der arme Onkel reglos, tot vor mir lag. Ich ahnte sofort, wer der Mörder war. Und doch ließ ich es zu, daß der Ingenieur verhaftet wurde, aus Furcht, er könne sogleich die Heirat mit Anneliese betreiben und die Hälfte des Erbes beanspruchen. Ich gönnte ihm die harte Strafe, weil er mich angegriffen hatte. Der wirkliche Mörder aber wurde nun frech und zudringlich. Er glaubte wohl, ich billige seine Tat. Darum begann er zu fordern, und ich gab. Jetzt bin ich in der Hand dieses Schurken, und der Himmel mag wissen, wie das alles enden wird.“

Während des ganzen Tages blieb der Graf in seinen Gemächern, er war für niemand zu sprechen. Nur beläufig erwähnte er, daß der Besitzer des wertvollen Stodes sich jedenfalls noch einmal melden werde. Man möge den armen Burkeschens dann sogleich vorlassen.

Er sollte sich in seiner Voraussehung nicht getäuscht haben. Als es dunkelte, stellte Deising sich ein. —

Dr. Steier hatte sehr bald erreicht, daß dem Gefangenen eine Unterredung mit seiner Schwester bewilligt wurde.

Reinhold war in fiebernder Erwartung. Ueber Anneliese vergaß er sein schweres Geschick. Alles versank in dem Gedanken an sie.

Und endlich waren die langsam schleichenden Stunden überwunden. Die Schlüssel rasselten, und gleich darauf betrat Reinhold die Zelle.

Ne hätte sie es für möglich gehalten, daß ein Mensch sich in so kurzer Zeit so furchtbar verändern könne.

Wit der ihr eigenen Gewandtheit verbergte sie ihr Ertrudern und begrüßte den Bruder mit schlächter Herzlichkeit.

Sie las die bange Frage, die Tag und Nacht sein Herz beschäftigte, aus seinem gramvollen Blick und sie zögerte nicht, ihm die Antwort zu geben, die einen schwachen Blickstrahl in seine Zelle warf.

„Anneliese befindet sich auf dem Wege der Besserung, Reinhold, aber sie ist noch sehr schwach.“

„Dem Himmel sei Lob und Dank!“ rang es sich aus seiner Brust, und die fahle Farbe der Wangen wich einer leisen Rötze.

darunter die Erhöhung des Kohlenpreises um 6 Schilling, die hohen Lebensmittelpreise, die Dienstpflicht und das Verbleiben der britischen Truppen in Rußland.

Der Krieg im Osten.

Der sog. „Daily Herald“ meldet, der Plan der Alliierten, gegen Rußland einen allgemeinen Vormarsch zu unternehmen, sei aufgehoben worden, da es unmöglich gewesen sei, britische, amerikanische und französische Soldaten für diesen Kampf zu finden.

Belagerungszustand über Washington?

London, 22. Juli. Reuter meldet aus Washington: Gestern Abend kam es wieder zu ersten Regierungen. Vier Personen, darunter 2 Polizisten wurden getötet und viele verwundet. Nach der „Times“ wegen der Regierungen der Belagerungszustand über Washington verhängt worden.

Heimkehr.

Wesel, 23. Juli. Gestern Abend trafen von Rotterdam die Besatzung der „Enden“ und Mannschaften aus Esingtau im Heimkehrerlager von Friedrichsfeld ein, ferner ein Zivilgefangenentransport; sämtliche aus Australien. Heute morgen kam ein Verwundetentransport aus England an.

Ein Saarstaat?

Berlin, 23. Juli. Wie der „Volksanzeiger“ meldet, soll der jetzige Landrat von Saarbrücken mit der Bildung einer „Saarregierung“ beauftragt und zum Ministerpräsidenten ernannt worden sein. (Von wem?) Der neue Staat werde die Farben blau-weiß führen. (Das Rot der Tricolore würde wohl bald dazu kommen. D. Schr.) In der Bevölkerung zeige sich eine arge Stille-Verwilderung. Angehörigen gegen deutsche Beamte und Lehrer seien an der Tagesordnung, sodas selbst Franzosen ihrem Abscheu Ausdruck geben.

Aufhebung des Standrechts.

München, 23. Juli. Am 1. August werden das seit dem 25. April in Bayern gefällte Standrecht und die damit verknüpften Standgerichte aufgehoben. An ihre Stellen treten die neu organisierten Volksgerichte.

Aufhebung der bayerischen Gesandtschaft in Bern.

München, 23. Juli. Nach dem „Berl. Volksanzeiger“ soll die bayerische Gesandtschaft in Bern nicht mehr besetzt werden.

Amthliches.

Die Aufnahme in die Gartenbau-schule.

Auf den 1. Oktober werden in die Gartenbau-schule in Hohenheim 15 Schüler zur Unterweisung im Gartenbau auf ein Jahr aufgenommen.

Die Bewerber und Bewerberinnen haben unter Vorlegung ihrer bisherigen Laufbahn, sowie unter Anschlag einer Geburtsurkunde, eines Impfscheins, eines ärztlichen Zeugnisses über ihren Gesundheitszustand, das sich auch über etwaige frühere, der Aufnahme hinderliche Erkrankungen zu äußern hat, amtliche Zeugnisse über Hirnarecht, Lumbund und Verwunden, einer Urkunde über Einwilligung des Vaters oder des Vormunds, auch, soweit die Bewerber in einem Mißverhältnis stehen, unter Vorlage ihrer Militärpapiere, spätestens bis zum 15. August ds. Js. schriftlich hier zu melden.

Am Mittwoch, den 1. Okt. d. J. vorm. 8 Uhr haben sich die Bewerber zu melden, die nicht ausdrücklich vorher zurückgewiesen worden sind, in Hohenheim zur Aufnahmeprüfung einzufinden. Näheres Staatsanzeiger Nr. 162.

Er vergaß, daß es sein Geheimnis war, welches er mit diesem Stoßfeuer preisgab, er sah ganz verklärt aus. „Anneliese hat in ihren Fieberphantasien viel von dir gesprochen,“ fuhr Rothilde ohne Umschweife fort, denn die kurze Zeit ließ Erörterungen nicht zu, „ich weiß jetzt alles, Reinhold, ihr habt euch lieb, ihr tragt im Schloßpark zusammen, und Anneliese wegen Schweigst du und läßt die sinnlose Anklage über dich ergehen. Ich bitte dich, sei vernünftig, und wenn du nicht sprechen willst, so gestatte, daß ich deinem Rechtsanwalt die Wahrheit mitteile. Alle, welche dir wohlwollen, sind überzeugt, daß eine Frau im Spiel ist und daß du Schweigst, um sie zu schonen, aber niemand weiß, um wen es sich handeln könne.“

Reinhold war ausgeprungen; das war wieder der willensstarke tyrannische Bruder, der dort vor ihr stand, dessen Zorn, ja, dessen Stimme sie oft gefürchtet hatte.

„Daß du keinem unser Geheimnis verräist, hörst du? Keinem! Oder hast du schon etwas ausgeplaudert? Sage die Wahrheit, versuche es nicht, mich zu täuschen in dieser ersten Stunde!“

„Rege dich nur nicht so maßlos auf, Reinhold; trotzdem ich mir Gewalt antun mußte, Dr. Steier gegenüber zu schweigen, habe ich es doch getan. Aber ich bitte dich, laß endlich die Menschen wissen, daß die Liebe zu Anneliese es ist, die dir bisher die Lippen versiegelte. Du würdest mit einem Schlage alle Sympathien auf deiner Seite haben. Und so —“ sie schluchzte laut auf — „ach, mein armer Bruder, du scheinst nicht zu ahnen, wie verzweifelt erst deine Lage ist, sonst würdest du beizeiten alles zu deiner Rettung tun.“

Schellen machte eine Bewegung, die verriet, daß er ganz anderer Meinung war. Ihre Tränen rührten ihn. „Du kennst die Menschen nicht, liebe Schwester,“ sagte er mit sanftem Ernst, „vielleicht würde anfangs die Stimmung zu meinen Gunsten umschlagen; danach aber, dessen bin ich ganz sicher, hätte ich alle gegen mich und wäre unrettbar verloren. Dafür dürfte schon Graf Nordburg sorgen, und weih der Himmel, was der Staatsanwalt zu meiner gänzlichen Vernichtung vorbrächte. Annelieses Name wäre dann in jedermanns Mund und für mich nichts, durchaus nichts gebessert.“

Fortsetzung folgt.

Verfassungsfeste. Am Tage nach der Verabschiedung der Reichsverfassung sollen öffentliche Feiern und Vorträge in Schulen und Hochschulen abgehalten werden.

Einigung mit der Reichsfinanzverwaltung. Aus besonderer Quelle erfahren wir, daß zwischen Reichsfinanzminister Erzberger und den süddeutschen Finanzministern eine Einigung in der Frage der Ausgestaltung der Reichssteuererlasse erzielt worden ist.

Magold, 23. Juli. (Ein Schwindlerhepaar.) Aus einem hiesigen Gasthof ist ein norddeutsches Ehepaar verschunden, nachdem es den Oberkellner um einen größeren Betrag geprellt und aus einem Gast gegen 5000 M. herausgeschwindelt hatte. Das saubere Paar machte in Zigarettenfabrikerei und verfügte über namhafte Geldmittel.

Vom Freudenstädter Bezirk, 22. Juli. (Ev. Volkshand.) Am vergangenen Sonntag fanden in Freudenstadt und verschiedenen Orten des Bezirks Werberveranstaltungen für den ev. Volksbund statt, welche die Gründung verschiedener Ortsgruppen zur Folge hatten. Die stärkste Ortsgruppe des Bezirks bildete sich in Baiersbrunn, wo sich ca. 200 Mitglieder angeschlossen haben.

Stuttgart, 23. Juli. (Aufwandsentschädigung der Abgeordneten.) Ein neues Gesetz sieht eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten von 1500 auf 2200 Mark vor. Die Erhöhung bedeutet bei den 150 Abgeordneten einen Mehraufwand von 105 000 Mark.

Stuttgart, 23. Juli. (Anfrage.) Die Abgeordneten Hiller, Herbst, Schauble und W. B. P. haben an den Arbeitsminister die Anfrage gerichtet: Ist dem Herrn Arbeitsminister bekannt, daß seitens der Reichsbekleidungsstelle Textilwaren gleicher Art und Beschaffenheit zu den verschiedensten Preisen — mit einem Preisunterschied bis zu 90 Prozent — in den Verkehr gebracht werden. Ist die Regierung bereit, an maßgebender Stelle darauf hinzuwirken, daß solche Waren der Bevölkerung künftig zu gleichen Preisen zur Verfügung gestellt werden?

Stuttgart, 23. Juli. (Die Pferde sind wieder da.) In der Nacht zum Sonntag wurden aus einer Stallung beim Krankenhaus in Cannstatt vier der Stadt Stuttgart gehörige wertvolle Zugsperde samt Geschirren gestohlen. Sofort wurden die Schultheißenämter im Lande verständigt und da keine Hilfe heraus, daß zwei Pferde die Pferde nach Gersbach a. F. entführt und dort an einen Schmiedemeister, der zugleich Pferdehandel betreibt, nach einer schon am Samstag vormittag getroffenen Vereinbarung um 9000 Mk. verkauft hatten, wovon sie 2000 Mk. Anzahl bekommen hatten. Dem Käufer liegen aber nachträgliche Zweifel auf und er meldete den Kauf der Ortspolizeibehörde, die dann weiter nach Stuttgart berichtete. Wie vier Pferde sind wieder beigebracht. Die Diebe, von denen einer ein hiesiger Schüler internationaler Gauner sein soll haben mit den 2000 Mk. das Weite gesucht. Der Gestohlene dürfte aber keinen Schaden haben, da ihm die Belohnung von 2000 Mk., die von der Stadt Stuttgart für Wiederbringungs der Pferde ausgesetzt wurde, zufallen wird.

Heilbronn, 23. Juli. (Von der Garnison.) Infolge der letzten Unruhen, die hauptsächlich auf das gespannte Verhältnis zwischen den bisherigen Sicherheitsstruppen und dem neu hierher gelegten Jägerbataillon 13 zurückzuführen sind, sollen, wie verlautet, die Sicherheitsstruppen wieder aus dem Jägerbataillon herausgenommen werden und selbständig bleiben. Auch sollen nach der „S. Bg.“ in Stuttgart Verhandlungen stattfinden, daß die Einführung der Reichswehr in Württemberg unterbleibe.

Wetter.

Der Luftdruck wird bereits wieder durch einen Hochdruck abgelöst. Am Freitag und Samstag ist noch zeitweilig bedecktes, aber wieder aufkeimendes und wärmeres Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig P. Druck und Verlag des W. Niefer'schen Buchdruckers, Altensteig

Bermischtes.

Letzt aus Berlin. Nach den englischen Blättern vom 21. Juli haben die deutschen Kriegsgefangenen in den Lagern von Bellingham und Babbell zum englischen Siegestag auf die Häuser der Baracken mit großen Buchstaben die Inschriften gemalt: Laßt uns nach Hause gehen, helft uns heimkehren, gebt uns Frieden!

Hindenburg 165tägiger Ehrenbürger. Generalfeldmarschall Hindenburg ist Ehrenbürger von 165 Städten, unter denen Kolberg die letzte Stelle einnimmt. Die Ehrenbürgerbriefe sind je der historischen Vergangenheit der verleihenden Städte angepaßt es wechseln prächtige Wappen mit Pergamentrollen in künstlerischen Kapiteln ab. Unter letzteren zeichnet sich die von der Stadt Königsberg in Ostpre. gestiftete und reich mit Bernstein geschmückte besonders aus.

Jeppelverkehr D. u. A. — Amerika. Ein amerikanisches Handelsblatt, das in deutscher Sprache in New York erscheint kündigt einen Waren- und Personenverkehr durch Jeppelne vom 18. Oktober ab zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten an. Ammebersten für Frachten und Passagiere können vom 18. September ab in Berlin, Hamburg und Düsseldorf beauftragt, und New York, Boston und Chicago amerikanischerseits beginnen. Eine amerikanische Bank habe das Unternehmen gesichert. Der Tarif sei folgender: 90 Dollar für die Tonne, also 30 Dollar mehr als die gewöhnlichen Schiffsfrachten. — Wie die Berliner Direktion der Luftschiffbau-Deppelne-G. m. b. H. dazu mittelt, ist ihr dieser Plan bekannt. In den Kreisen der deutschen Luftschiffahrt gilt es aber für ausgeschlossen, daß noch in diesem Jahr an die Aufnahme des Verkehrs zwischen Deutschland und Amerika herangegangen werden kann, jedoch rechnet man mit der Möglichkeit im Frühjahr oder Sommer den Verkehr über den Atlantischen Ozean aufnehmen zu können.

Geopolis. Die Reuter meldet, hat das Komitee der Allierten das erannt worden ist, die Frage der Errichtung eines Gedächtnismals des großen Kriegs und des Friedensschlusses zu erörtern seine Sitzungen beendet. Es empfiehlt die Gründung einer internationalen Stadt in Belgien, die es „Geopolis“ (Erststadt) nennen will. Die Stadtpläne sollen in Uebereinstimmung mit den Gartenstadtvereinigungen und ähnlichen Verbänden entworfen werden. Die Stadt soll neutral und sich des Völkerbunds sein. Das erinnert einigermaßen an die Städtegründungen, die antike und andere Herrscher in Erinnerung an Siege oder als Abschluss von Kriegszügen oder sonst zur Verherrlichung ihrer Glorie errichtet haben: Alexandria, Petersburg, Nikopolis u. a. Es ist aber doch etwas anderes, schreibt die „Frankf. Bg.“ ganz richtig, in einem kulturlosen oder halb-kulturlosen Lande eine Stadt zu gründen, als in einem Staat wie Belgien, der heute schon sehr blüht bestiebt ist, eine Stadt errichten, die den Namen Geopolis mit Recht tragen kann. Man weiß, die Amerikaner verstehen sich auf das Städtegründen, aber hier handelt es sich um keinen der üblichen Zwecke für die sonst Städte gebaut werden. Diese entstehen um der Menschen willen, die darin wohnen wollen. Daran fehlt es zunächst. Die geplante Stadt soll ein Denkmal werden, und ihre einzigen Bewohner sind bis auf weiteres die Körperschaften des Völkerbunds, und diejenigen, die sie mit des Leibes Nahrung und Nahrung versorgen. Daraus könnte in der Tat eine Stadt werden. Aber einzuwillen reizt es nicht weit. Ueberdies werden die Bewohner von Geopolis, die Geopoliten oder „Erdbürger“ durch den monumentalen Charakter ihrer Stadt, die immerfort in bengalischem Licht stehen wird, etwas geniert werden. Es kann nicht übermäßig behaglich sein, in einer Stadt zu wohnen, die für jeden aller Welt gehört und wegen ihrer Merkwürdigkeit eine öffentliche Versammlungsstätte des ganzen Erdballs sein wird. Nur „Boches“ wird man vermutlich nicht gern dort sehen. Die Belgier, die doch wahrscheinlich das Gebiet der neuen Freistadt hergeben sollen, werden von dem Plan nur mäßig entzückt sein, zumal es ja in Flandern auf ohne Denkmal genug zu bauen gibt. Im übrigen kommt der Plan von einem Ausbruch der Allierten. Also doch nur ein Siegesdenkmal; nur die Sieger sollen daran mitbauen. Aber wird die Entschädigung der Sieger lange genug halten, um das Denkmal zu errichten? Der Turm von Babel, dessen Spitze bis in den Himmel reichen sollte und dessen Bau der Sage nach liegen blieb, weil die Bauleute sich nicht mehr verständigen konnten, ist ein warnendes Beispiel.

Legte Nachrichten.

Weimar, 23. Juli. Die mit Rücksicht auf den Geschäftsplan der Nationalversammlung wieder hinauszugeschobene Entgegennahme der Erklärungen der Regierung konnte nun endlich heute vollzogen gehen. Die Reihen der Abgeordneten waren heute fast vollständig besetzt. Der außerordentlich starke Besuch der Tribünen und das vollständige Erscheinen der Minister und Regierungsvertreter wiesen auf einen Tag von großer politischer Bedeutung hin. Gleich nach Beginn betrat Ministerpräsident Bauer das Redner-

pult und trug seine programmatische Erklärung mit großer Schlichtheit und Ruhe vor. Die beifällige Begrüßung die er schon bei seinem Erscheinen fand, steigerte sich während seiner Rede zu wiederholten Beifallsstürmungen des Hauses, die auch durch das Zischen auf der äußersten Rechten nicht abgeschwächt werden konnten. An diese Ausführungen schloß sich die Rede des Außenministers Müller an, die ebenfalls weit über eine Stunde dauerte und mit großer Aufmerksamkeit angehört wurde. Hier unterstrich das Haus mit einstimmiger Zustimmung seine Bemerkungen über die Schwere der uns auferlegten Friedensbedingungen und sollte ihm anhaltenden Beifall, als er die Hoffnung aussprach, daß es bald zu einer Revision dieses Friedensvertrages kommen würde. Unter anhaltenden Bravourrufen, ging das Haus auseinander. In die Debatte über diese Erklärungen wird erst morgen eingetreten werden.

Bern, 24. Juli. Wie der Matin berichtet, ist die Versorgung Frankreichs mit Getreide nur noch bis zum 31. August sichergestellt. Die neue Ernte droht sehr schlecht auszufallen. Es müssen mindest ns 3 540 000 Dz. Getreide im Ausland angekauft werden, um bis zur neuen Ernte durchkommen zu können. Die Frage der Friescherversorgung ist ebenso unglücklich. Wie das Blatt hinzufügt, hat die französische Regierung in Erkenntnis ihrer schwierigen Lage mit Amerika und England Unterhandlungen angeknüpft, um von diesen beiden Ländern den nötigen Schiffsraum für die Lebensmittelversorgung zu erhalten.

Berlin, 24. Juli. Aus Haag wird dem Berl. Lokalanz. mitgeteilt: In London will man wissen, daß die Namen des früheren Kronprinzen, Hindenburgs und Ludendorffs nicht auf der Liste der auszulesenden Personen stehen.

Berlin, 24. Juli. Verschiedene Morgenblätter bringen eine Meldung aus New York, nach der ein deutscher Finanzagent mit einem großen Bankkonzern ein Abkommen getroffen habe, wonach ein von der amerikanischen Regierung genehmigtes Darlehen für den Einkauf von Lebensmitteln und anderen Waren Deutschland zur Verfügung gestellt wird. Deutschland erhalte einen Kredit von mindestens 100 Millionen Dollar, zunächst für eine Frist von drei Monaten, die jedoch jedesmal verlängert werden könne.

Amsterdam, 23. Juli. Das Pressebüro Radio meldet aus New York vom 22. Juli: Der Postverkehr mit Deutschland hat heute mit der Verschiffung von 400 Postfäden mit 350 000 Briefen auf dem skandinavischen Dampfer „United States“ begonnen. Die Post wird in Kopenhagen ausgeschifft und von dort weiter nach Deutschland geschickt werden. Man erwartet, daß bis zur Wiederaufnahme des direkten Dienstes nach Deutschland die Briefe und die Paketpost wöchentlich einmal expediert werden.

Berlin, 24. Juli. Gestern Morgen haben in Magdeburg, wie der Berl. Lokalanz. berichtet, 60—80 unzureichende einen Angriff auf den Waffens und Munition beherrschenden Schuppen des Kommandanten Weiderts unternommen. Sie wurden von der Wache nach gegenseitiger Beschädigung in die Flucht geschlagen. Der Zweck des Waffensraubs konnte bisher nicht festgestellt werden.

Berlin, 24. Juli. Wie dem „Berl. Lokalanz.“ aus Rotterdam berichtet wird, versuchten in Melbourne zurückgekehrte Matrosen und Soldaten eine Kaserne zu kürmen. Sie zogen dann weiter vor das Amtsgebäude des Premierministers und forderten die Freilassung von verhafteten Soldaten. Es wurde eine Untersuchung zugesagt. Da sich die Menge nicht beruhigte mußte schließlich die Polizei einschreiten.

Geschäftliche Mitteilungen.

Rottenburg a. N., 21. Juli. Frau Katharine Stenzle Witw. Her, verkaufte ihr an der Sonnenstr. Nr. 9 gelegenes Wohnhaus nebst Garten, an Ernst Seibt, Holzhändler von Baiersbrunn-Tonbach, um 33500 M. Der Abschluß erfolgte durch das Immobilien- und Hypothekengeschäft Albert Pessburger in Dorb a. N.

Wald-Verkauf.

Am Montag, den 28. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr bringe ich auf dem Rathaus in Erzgrube folgende Waldflächen zum Verkauf:

Markung Göttingen:

Parz. No. 1084 Wald (Streuplah) u. Weg im Hardsberg 62 ar 80 qm

„ „ 1086 Nadelwald (Streuplah) u. Weg im Hards 60 „ 71 „

zusammen 123 ar 31 qm

Liebhaber sind eingeladen.

Karl Brüstle, Schultheiß.

Freie Schreinerinnung Nagold.

Der Verband Würtbg. Schreinermeister will

Leim

von der Schweiz beziehen, ohne Bezugsschein, das Kilo zu 4,80 Mark. Die Kollegen, welche Leim benötigen, wollen ihren Bedarf sofort bei Kassier J. Dittling anmelden.

Obermeister Gabel.

Forstamt Pfalzgrafenweiler.

Nadelstammholzverkauf

Am Donnerstag, den 31. Juli vorm. 10 Uhr im Schwanen in Pfalzgrafenweiler aus Staatswald Abt. 14 Zimmermannswies, 15 Gernstetten, 18 Wimbacherweg, 48 Verb. Schirpferbrunnen, 63 Salzled, 80 Unt. Mabbundel, 82 Ob. Mabbundel, 86 Messenrain, 119 Heidelbeermiß, 167 Zeufelsweg, 169 Unt. Wildschötte, 185 hnt. Pahlmisch und Scheidholz der Gut Herzogsweller: 2326 St., 906 La., mit Fm. Langholz: 1309 L., 1164 H., 832 H., 352 V., 155 V., und 30 VI. St., sowie 41 St., 31 La.-Abschnitte mit Fm.: 25 L., 10 H., u. 13 H. H. Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. D., Stuttgart.

Einen schönen, neuen Korb-

Kinderwagen

mit Gummireifen verkauft, wer? — sagt die Expd. ds. Bl.

Altensteig Kirche

Sonntag 27. Juli abends 8 1/2 Uhr Evangelische Feier

A. Lichtbildervortrag

„10 Jahre in Russland“ mit 30 Lichtbildern.

B. Meisterbilderaudacht

„Das Leben Jesu“ mit 40 Lichtbildern.

Sperrfrist 1 Mt., offener Platz 50 Pfg. Vorverkauf in der W. Meier'schen Buchhandlung.

Samstag, 26. Juli abds. 8 1/2 Uhr

Kinder-Feier

(Meisterbilder-Audacht).

Kinder 30 Pfg. (Erwachsene 50 Pfg.) Karten nur am Eingang zur Kirche.

Wer nicht inseriert kommt bei der Kundschaft in Vergessenheit.



Stadt Krien!

Eberhardt-Altensteig-Dorf.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Dienstag, den 29. Juli 1919

im Gasthaus zur Krone in Eberhardt

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Joh. Gg. Bühler

Dorothea Bayer

Sohn des

Tochter des

Joh. Gg. Bühler, Gemeindepfleger in Eberhardt.

+ Johs. Bayer, Seilers in Altensteig-Dorf.

Kirchgang um 1/2 12 Uhr.

Gompelscheuer-Zimmersfeld.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 26. Juli 1919

im Gasthaus zum Hirsch in Poppeltal

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Gustav Rau

Maria Brann

Sohn des Matthäus Rau
Waldschütz in Poppeltal

Tochter des Joh. Gg. Braun
Holzhauers in Simmersfeld.

Kirchgang um 11 Uhr in Enzklösterle.

Wir bitten dies statt jeder besonderen
Einladung entgegennehmen zu wollen.

Altensteig.

Einmach-Löpfe

in Steinzeug u. Ton

sowie

Schmalzhäfen

empfehlen in großer Auswahl

Karl Henzler, sen.
Eisenwarenhandlung.

Altensteig.

Schwarzes

Wollgarn

Marke Vaterland

ist zu haben bei

G. Strobel.

Schwarzwald-Drogerie

+ Altensteig +

— Telefon 41 —

empfehlen

Phosphorsäuren

Futterkalk

unentbehrlich für rationelle Tierzucht.

Altensteig.

Schwarze und rote

Johannisbeeren

Stachelbeeren

Heidelbeeren

kauft jedes Quantum

Walz, Gärtner.

Einen zweitadrigen

Karren

verkauft

d. Obige.

Gefordere:

Waldborf: Anna Maria Diller geb.

Ehnis, 83 Jahre.

Ragold: Katharine Häußler geb.

Wohlsieber, 74 Jahre.

Einladung.

Herr Bruno Roos, Geschäftsführer der Württb. Bürgerpartei,

Stuttgart wird am

kommenden Samstag, den 26. Juli, abends 1/8 Uhr im Grünenbaumsaal
über das Thema:

Rück- und Ausblicke

einen Vortrag halten, daran anschließend spricht Herr Abgeordneter Dr.
Schott über:

Die Arbeit in der Landesversammlung

Die Bürger und Bürgerinnen von Altensteig und Umgebung
werden hiezu freundlichst eingeladen.

Bezirks-Ausschuß der Württ. Bürgerpartei
Stephan Schaible.

Abhanden gekommen

Ist mir im Bömbachtal eine

Art und ein Axtbeil.

Derjenige, der mir diese Gegenstände weggenommen hat, wird aufgefordert, sie sofort an Ort und Stelle zu tun, andernfalls die Anzeige des Verdächtigen erfolgt.

Friedrich Rentschler
Spielbera.

Altensteig.

Maggis Suppenwürze

" Fleischbrüh-Würfel

Knorr's

" Suppenwürze

(Knorr-Sos)

Beste Suppenwürze offen

Fft. Tafelsenf in Gläsern

Fft. Tafel- u. Einmach-Essig

Fft. Weinessig

empfehlen von frischen Sendungen

E. W. Luz Nachfolger

Freiz Bühler jr.

Altensteig.



1a. Norwegische

Salz-Heringe

1 Stück 50 Pfg.

1a. Marinierte

Heringe

1 Stück 50 Pfg.

bei

Chr. Burghard jr.

Koch-Bücher

empfehlen die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Altensteig.

Feinste

Kaffee-
Mischung

mit echtem Bohnenkaffee
gemischt

per Pfund M. 3.50

empfehlen

W. Beerli.

Oberweiler.

Am Samstag, den 26. ds.
Mts., mittags 12 Uhr, verkauft 1
Burf schöne, gut ans Fressen ge-
wöhnte



Milch-
schweine

Georg Blach jung.

Windersbach O. Ragold.

Verkaufe zwei

Pferde

(Schwarzbraunwallachen mittl.
Schlags) 5 u. 9 Jahre alt, zu jedem
Geschäft tauglich u. kann jeden Tag
ein Kauf abgeschlossen werden

Jakob Fahnacht, Bauer

Teinacher
Hirschquelle

Bad Teinach (Württ. Schwarzwald)

rein natürlich

kohlensäurereich

Tafel- und Gesundheitswasser.

Regelt die Verdauung

Jährlicher Millionenverbrauch.

Überall erhältlich.

Niederlage in Altensteig:
bei R. Kappler, z. grünen Baum.

Lächliches

Mädchen

oder auch jüngeres, in kleine Familie
(3 Personen) bei hohem Lohne
und guter Behandlung per 1. oder
15. August gesucht.

Frau Fabrik. Beckmann

Pforzheim Friedenstr. 38

z. St. Bad Dürckheim Hotel z. Kreuz.

Echtes Pergamentpapier

für Butter und Käse empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhdlg.



Milch-
schweine

in meinem Stall.

Wiedmann, Allmandle.